

Stegner will nicht zurücktreten

SPD setzt weiter auf Ampelkoalition

Ralf Stegner, SPD-Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein, erteilt Rücktrittsforderungen aus den eigenen Reihen eine Absage.

FOTO: DPA



Berlin/Kiel. Schleswig-Holsteins SPD-Landeschef Ralf Stegner hat eine Rücktrittsforderung aus den eigenen Reihen zurückgewiesen. Es sei „wenig zielführend, öffentlich auf das eigene Tor zu schießen, anstatt sich konstruktiv an den innerparteilichen Beratungen zu beteiligen“, sagte Stegner am Montag in Berlin. In den jetzt anstehenden schwierigen Gesprächen zwischen den Parteien für eine stabile Regierungsbildung „geht es um die Zukunft unseres Landes und auch der SPD“, mahnte Stegner. Er strebt eine Ampelkoalition von SPD, Grünen und FDP an. Die CDU als Wahlsieger will eine Koalition mit den Grünen und der FDP schmieden.

Eine Woche nach der SPD-Niederlage bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein hatte der SPD-Kreisverband Nordfriesland den Rücktritt Stegners und von Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) gefordert. „Nach der dramatischen Wahlniederlage ist beides notwendig, damit wir zu einem glaubhaften Neuanfang kommen können“, sagte der SPD-Kreisvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Matthias Ilgen am Montag. Der Kreisvorstand habe die Aufforderung zum Rücktritt einstimmig gefasst.

„Das Kleben an Ämtern ist nicht angebracht“, sagte Ilgen und verwies auf die zügigen Konsequenzen von Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, die nach ihrer Wahlniederlage am Sonntag ihre SPD-Ämter – darunter den Landesvorsitz in Nordrhein-Westfalen – niederlegte. In Schleswig-Holstein sei die SPD bei drei Landtagswahlen in zehn Jahren nicht stärkste Partei geworden. „Dafür trägt auch Ralf Stegner Verantwortung.“

Stegner räumte erneut ein, das SPD-Wahlergebnis von 27,2 Prozent sei sehr enttäuschend. Gerade mit Blick auf die Bundestagswahl im September und die Kommunalwahlen 2018 analysiere die SPD „die Ursachen dieses Wahlergebnisses sorgfältig und auch mit einer selbstkritischen Fehleranalyse auf allen Verantwortungsebenen“. Es gebe gute Gründe, diesen Prozess in den Parteigremien zu machen.

DPA

VEREIN FÜR DEMOKRATIE

Gauck übernimmt Ehrenvorsitz

Berlin. Altbundespräsident Joachim Gauck ist zum Ehrenvorsitzenden des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ ernannt worden. Damit kehrt Gauck zu der bundesweiten Vereinigung zurück, die er bis 2012 neun Jahre lang als Vorsitzender geführt hat. Das teilte der Verein am Montag mit. Mit seinem Engagement als Ehrenvorsitzender wolle Gauck die Zivilgesellschaft unterstützen. Der Verein hat das Ziel, historische Erinnerungsarbeit mit dem Einsatz für die Demokratie zu verbinden.

DPA

MUTMASSLICHE ANSCHLAGSPÄNE

Flüchtling unter Anklage

Stuttgart. Ein syrischer Flüchtling ist von der Staatsanwaltschaft Stuttgart wegen der mutmaßlichen Vorbereitung eines Terroranschlags in Kopenhagen angeklagt worden. Der damals 20-Jährige habe am 19. November 2016 versucht, mit mehr als 17 000 Zündhölzern, einer Packung Feuerwerk, 17 Batterien, sechs Walkie-Talkies und zwei Küchenmessern im Gepäck von Deutschland nach Dänemark auszureisen, teilte die Behörde am Montag mit. Der Mann soll geplant haben, damit „eine Sprengvorrichtung herzustellen und diese in Kopenhagen in einer größeren Menschenansammlung zu zünden“. Der Syrer war an der Grenze festgenommen worden. Er war 2015 nach Deutschland gekommen.

DPA

LÄNGERES ARBEITLOSENGELD

Merkel gegen „ALG Q“

Berlin. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) setzt SPD-Plänen einer stärkeren Qualifizierung von Arbeitslosen den Ruf nach einer früheren Weiterbildung für Arbeitnehmer entgegen. Man dürfe nicht erst mit der Umschulung anfangen, wenn jemand die Beschäftigung verloren habe, sagte Merkel. Laut SPD soll Arbeitslosengeld II länger bezogen werden können, wenn die Arbeitslosen während dieser Zeit eine Qualifizierungsmaßnahme machen.

DPA

SAARLAND

Weg für große Koalition frei

Neunkirchen. Gut sieben Wochen nach der Landtagswahl im Saarland ist die Neuaufgabe der großen Koalition aus CDU und SPD unter Dach und Fach. Die Saar-SPD stimmte am Montagabend auf einem Parteitag in Neunkirchen mit großer Mehrheit für die Fortsetzung des Bündnisses. Lediglich fünf der rund 300 Delegierten stimmten mit Nein, zwei enthielten sich. Die CDU hatte bereits am Freitag einstimmig dem Koalitionsvertrag zugestimmt.

DPA

Berlin-Neukölln gilt als hipper Szene-Stadtteil, doch in letzter Zeit häufen sich dort rechtsextreme Gewalttaten

VON PETER GÄRTNER

Berlin. Neukölln – der Bezirksname steht bundesweit für schwierige soziale Verhältnisse, Multikulti, Jugendgewalt und „Kreuzkölln“, der an Kreuzberg grenzende Nordteil, inzwischen für einen angesagten Szenekiez. Rund 330 000 Menschen leben in dem Stadtviertel, davon haben 41 Prozent einen Migrationshintergrund. Man erwartet hier alternative Kultur und orientalische Kost, Hipster und kriminelle arabische Familienclans – aber keine Rechtsextremisten. Doch inzwischen ist Neukölln der Schwerpunkt rechter Gewalt in der Hauptstadt. Die Attacken treffen ganz gezielt Politiker und Buchhändler, Juristen und Galeristen. Was alle eint, ist ihr Engagement gegen Rechts und für Flüchtlinge.

In den letzten Monaten gab es mehr als 80 Brandanschläge, eingeschmissene Scheiben von Läden und Privatwohnungen, Drohungen und Schmierereien. Mal steht der Name in Verbindung mit „Rote Drecksau“ an der Fassade, mal liegen Projektile vor der Haustür oder Tierkadaver im Briefkasten. Gerade wurde das Auto einer Frau ange-

„Nach jedem Anschlag werden mehr Menschen aktiv.“

Mirjam Blumenthal (SPD)

zündet, die zur Bürgerinitiative „Hufeisen gegen Rechts“ gehört. Durch das Feuer wurde auch die Fassade des Hauses beschädigt, in dem die Familie mit ihren Kindern schlief. Abgesehen von übelsten Bedrohungen – ein anonymen Anrufer wünschte neulich der Geschäftsführerin der Neuköllner Grünen, sie möge „von Kanaken vergewaltigt werden“ – ereignen sich die Anschläge und Übergriffe stets im Schutz der Dunkelheit.

Vor geraumer Zeit hatte eine Neonazi-Gruppe der „Freien Kräfte Berlin Neukölln“ im Internet Adressen möglicher Anschlagziele veröffentlicht, wozu Parteien, Vereine, jüdische Einrichtungen und auch Fotos von Privatpersonen und Grafiken von Flüchtlingsunterkünften zählen. „Damit jeder weiß, wo der Feind steht“, hieß es; die Seite ist inzwischen von Facebook gesperrt.

Auch Mirjam Blumenthals Name fand sich auf der Liste. Das Auto der SPD-Politikerin, die im Vorstand ihrer Partei für Strategien gegen Rechts zuständig ist, brannte vor einigen Wochen. „Es gibt nach jedem Anschlag viel Solidarität und es werden mehr Menschen aktiv“, erklärte sie jetzt nach dem



Neukölln, wo auch die große Şehitlik-Moschee steht, ist Schmelztiegel der Kulturen und Rechten ein Dorn im Auge. 2016 provozierte die NPD mit ausländischerfeindlichen Plaketen im Landtagswahlkampf, mittlerweile häufen sich rechtsextreme Straftaten auf dem Kiez.

FOTO: DPA

jüngsten Brandanschlag. „Doch das entlässt Staat und Polizei nicht aus der Verantwortung.“ Berlins neuer Innensenator Andreas Geisel (SPD) hat mittlerweile eine spezielle Ermittlungsgruppe („Rechte Straftaten in Neukölln“) im Landeskriminalamt bilden lassen.

Zielscheibe der mutmaßlich rechtsextremen Täter werden aber auch Leute, „die mit dem Gesicht gar nicht nach außen treten“, wie es Matthias Müller von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) formuliert. „Diese Angriffsserie trifft

inzwischen Menschen, die wirklich völlig überrascht sind“, sagt der für Neukölln zuständige MBR-Mitarbeiter dem WESER-KURIER.

„Das sorgt für große Verunsicherung, aber auch für Einschüchterung und Hilflosigkeit.“ Müller erinnert daran, dass es insbesondere im Süden des Bezirks 2009/2011 schon einmal eine nächtliche Welle rechter Gewalt gab, bei der unter anderem das Haus des Sozialistischen Jugendverbands „Die Falken“ zwei Mal in Brand gesteckt wurde. „Die Handschrift der aktuellen Angriffsserie äh-

nelt der damaligen schon sehr.“ Franziska Giffey, die SPD-Bezirksbürgermeisterin und Nachfolgerin von Heinz Buschkowsky, meinte kürzlich, es gehe hier um nichts weniger als den Kampf um die Straße. Man müsse, sagt Giffey, den Nazis entgegentreten. Doch das ist nicht so einfach. Auf den Straßen Neuköllns sieht man sie nicht, an den Tatorten finden sich keine Bekenner-schreiben. Weder bei der ersten Anschlagsserie noch beim derzeitigen Straßenterror konnten Staatsschutz und Polizei auch nur einen einzigen Verdächtigen ermitteln.

Horst Mahler bittet Orbán um Asyl

Der verurteilte Holocaust-Leugner und RAF-Mitgründer soll in Ungarn festgenommen worden sein

VON MARKUS DECKER

München. Der verurteilte Holocaust-Leugner und Rechtsextremist Horst Mahler ist nach Angaben der Münchner Staatsanwaltschaft in Ungarn festgenommen worden. Er habe am Montag telefonische Auskunft von den ungarischen Behörden zu der Festnahme erhalten, sagte Ken Heidenreich, Sprecher der Staatsanwaltschaft München II, auf Anfrage. Ungarn dementierte die Festnahme allerdings zunächst. Der ehemalige RAF-Anwalt, der sich vom Linksextremismus zum Rechtsextremismus wandelte, gilt seit April als flüchtig. Er sollte im Gefängnis seine im Sommer des Jahres 2015 wegen einer schweren Erkrankung ausgesetzte zehnjährige Haftstrafe fortsetzen. Falls er tatsächlich in Ungarn inhaftiert ist, dürften die deutschen Behörden nun seine Auslieferung beantragen.

Mahler hatte zuvor in einer online veröffentlichten Erklärung behauptet, er habe den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán gebeten, ihm politisches Asyl zu

gewähren. Darin heißt es: „Ich habe am 12. Mai 2017 den Führer der Ungarischen Nation, Viktor Orbán, ersucht, mir als politisch



Mahler, hier bei einem der letzten öffentlichen Auftritte 2008, bittet Ungarn um Asyl. FOTO: DPA

Verfolgtem Asyl in Ungarn zu gewähren. Die Verfolgung ist verursacht durch die Veröffentlichung des von mir verfassten Werkes „Das Ende der Wanderschaft – Gedanken über Gilad Atzmon und die Judenheit.“

Am Schluss der Erklärung steht: „Im Vertrauen auf den Freiheitssinn des Volkes der Ungarn lege ich mein Schicksal in die Hände seiner Regierung.“ Dann folgt die handschriftliche Signatur Horst Mahler. Der 81-Jährige hatte in einem am 9. April online veröffentlichten Video gesagt, die Haftauforderung sei eine „politische Verfolgung ohne rechtliche Grundlage“. Er werde jetzt politisches Asyl in einem „aufnahmebereiten, souveränen Staat“ erbitten. Welcher dies sein sollte, ließ Mahler damals offen.

Er hatte im Sommer des Jahres 2015 wegen einer schweren Erkrankung Haftverschonung erhalten. Mahler leidet an Diabetes. Deshalb wurde ihm unter anderem ein Unterschenkel amputiert. Ende vergangenen Jahres hatte das Oberlandesgericht Brandenburg die Aussetzung der Reststrafe zur Bewährung indes aufgehoben. Denn der

Verurteilte hatte sich anhaltend antisemitisch geäußert.

Die Vorsitzende des Bundestags-Rechtsausschusses, Renate Künast (Grüne), erklärte am Montag dem WESER-KURIER: „Jetzt stilisiert sich Horst Mahler auch noch als politisch Verfolgter, das ist absurd. Sein Antrag auf Asyl in Ungarn sieht eher nach einem Theaterstück aus. Hinter dieser Inszenierung steckt aber nicht mehr als der Versuch, sich nach anhaltend antisemitischen Äußerungen der Inhaftierung zu entziehen. Ich hoffe, der Versuch wird scheitern.“

Orbán's Büro lag nach eigener Auskunft indes kein Asylantrag vor. Solch ein Antrag wäre auch nicht angenommen worden, weil Mahler Bürger eines Mitgliedsstaats der Europäischen Union sei, hieß es. Das muss freilich nicht stimmen. Mahlers Büro hatte zuvor nämlich auch Mahlers Festnahme bestritten. Und Orbán führt eine rechtsergrichtete Regierung an, die Mahler mit einem Asylantrag als solche desavouieren würde. Asyl für ihn wäre ein Affront gegenüber Deutschland.

Ein schönes Lesebuch für radikale Pazifisten

Wolfram Wette umfangreiches Sachbuch „Ernstfall Frieden“ wird in Bremen verlegt / Eine Rezension von Joerg Helge Wagner

Doch nur zwei Jahre später bewilligten diese der Reichsregierung die Kriegskredite.

Wette treibt die Frage um, „wie man Kriege hätte vermeiden können“. Damit aber auch, warum es immer wieder zu militärischen Konflikten, zuweilen auch Kriegsbegeisterung kommt, obwohl alle die Schrecken und das Elend solcher Auseinandersetzungen kennen.

Ausdrücklich legt sich Wette mit seinem australischen Kollegen Christopher Clark an, dessen Werk „Die Schlafwandler“ im Erinnerungsjahr 2014 zum Bestseller wurde. Sein Vorwurf: „Clark bot Erklärungen an, welche die deutsche und die österreichische Seite entlasteten, indem er eine allgemeine Verantwortung aller europäischen Mächte konstruierte.“

Dabei ist auch Wette dezidiert gegen eine pauschale Verurteilung „der Deutschen“. Er will differenzieren: Warum haben sich die Eliten militarisieren, warum hat die bürgerliche Friedensbewegung versagt? Seine Antworten darauf sind spannend zu lesen.

Etwas unangenehm ist, dass Wette der Versuchung nicht widersteht, alte Gegner-

schaften aus seiner Zeit am MGFA in Fußnoten zu pflegen. Etwa, wenn er dem früheren Beiratsvorsitzenden General Johann Adolf Graf Kielmannsegg unterstellt, dass er „vielleicht ein gestörtes Verhältnis zum Frieden“ habe. Irritierend ist auch, dass manche wichtige Punkte der jüngsten Geschichte wie Peter Strucks „Hindukusch“-Zitat (2002) oder Rudolf Scharpings „Hufeisen-Plan“ (1999) lediglich mit Wikipedia-Einträgen belegt sind.

Neben dem überwiegend gehaltvollen Text besticht dieser 38. Band der Schriftenreihe Geschichte & Frieden durch seine üppige Illustration. Der Bremer Verleger Helmut Donat hat mehr als 500 Plakate, Fotos, Karikaturen, Statistiken und Buchcover zusammengetragen. Sie lockern den Text nicht nur auf, sondern machen das Werk im besten Sinn zu einem Lesebuch, in dem man immer wieder stöbern und auf neue An- und Einsichten stoßen kann.

Wolfram Wette: „Ernstfall Frieden – Lehren aus der deutschen Geschichte seit 1914“, Bremen 2017, Donat-Verlag, 640 Seiten, 24,80 €. ISBN 978-3-943425-31-4

